

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Neue Meuterei unter libyschem Militär

Die ägyptische halbamtliche Tageszeitung «Al Ahram» hat am Dienstag berichtet, dass es im Nachbarland Libyen unter dem Militär erneut zu einer bewaffneten Meuterei gekommen sei. Der Grund dafür sei die Unzufriedenheit über die «extremistische» Politik von Revolutionsführer Muammar el Ghaddafi, die im vergangenen April zu den amerikanischen Luftangriffen auf lebenswichtige Einrichtungen des Landes geführt habe.

Saudi-Arabien: Awacs-Maschine von den USA

Saudi-Arabien hat von den USA das erste von fünf Flugzeugen mit dem Frühwarnsystem Awacs erhalten. Die mit einem hochmodernen Radarsystem ausgerüsteten Flugzeuge sollen die Ölfelder und -einrichtungen des Landes vor einem möglichen Überraschungsangriff schützen.

Traditionelle Freundschaft mit China festigen

Das sowjetische Parteiorgan «Pravda» hat am Dienstag zum 65. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (1. Juli 1921) den Wunsch der Sowjetunion nach Festigung der «traditionellen Freundschaft» mit China betont. Das Blatt hob hervor, dass die Geschichte der chinesischen Revolution und der von der chinesischen KP zurückgelegte Weg ein überzeugender Beweis für die Bedeutung von gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China seien.

Bald auch Frauen in Polizeiuniform?

Anfrage der Abgeordneten Emma Eigenmann-Schädler

Mittels einer Kleinen Anfrage erkundigte sich die Abgeordnete Emma Eigenmann-Schädler (FBP) in der Landtagssitzung vom vergangenen Donnerstag dahingehend, ob man inskünftig bei der Ausschreibung von Polizeibeamtenstellen nicht auch Frauen berücksichtigen und gegebenenfalls anstellen könnte. Regierungschef Hans Brunhart äussert sich zu dieser Frage wie folgt: «Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Frauen wie Männer in verschiedenen Funktionen beim Sicherheitskorps eingesetzt werden können. Ausländische Erfahrungen zeigen, dass Polizeibeamtinnen in allen Bereichen des Polizeidienstes gleichermaßen eingesetzt werden. Sie werden aber in den meisten Polizeikorps für spezifische Fragen, wie etwa für die Sachbearbeitung bei von Frauen oder Kindern begangenen Delikten eingesetzt. Die Frage, ob Polizeibeamtinnen beim Liechtensteinischen Sicherheitskorps eingesetzt werden sollten, ist deshalb auch eine Frage der internen Organisation. Diese wurde in den letzten Jahren einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Bis Ende des laufenden Jahres kann die erste Phase dieser Überprüfung abgeschlossen werden. Erst zu diesem Zeitpunkt kann über eine klarere Aufgabenteilung innerhalb des Sicherheitskorps sowie über den Einsatz von Polizeibeamtinnen entschieden werden.

Persönlich bin ich der Auffassung, dass ein Einsatz von Polizeibeamtinnen nach Vorliegen der organisatorischen Voraussetzungen sicherlich sinnvoll ist.»

Wie steht es mit Einsparungen bei der Energie?

Zunehmende Auslandabhängigkeit bei elektrischer Energie - FBP fordert Überprüfung des Energiekonzeptes

Die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) produzierten im letzten Jahr in den beiden Wasserkraftwerken Samina und Lawena insgesamt 15,5 Prozent weniger Energie als im Vorjahr. Die Zunahme des Stromverbrauchs belief sich innert Jahresfrist auf 4,5 Prozent. Geringere Eigenproduktion und erhöhter Strombedarf führten zu einer Ausweitung der Stromkäufe bei den Nordostschweizerischen Kraftwerken (NOK) im Ausmass von 14,4 Prozent.

Diese Zahlen blieben den Landtagsabgeordneten, die während der letzten Sitzung vor der Sommerpause den Bericht der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) zu genehmigen hatten, nicht verborgen. Der VU-Abgeordnete Georg Vogt beispielsweise fragte nach unserer Energiepolitik und unterstrich die zunehmende Auslandabhängigkeit auf dem Energiesektor. Seine skeptischen Fragen galten auch der Sicherheit der Bezugsmöglichkeiten aus dem Ausland und den Fördermassnahmen für den Einsatz umweltfreundlicher Energie. Sein Fraktionskollege Dr. Helmut Matt (VU) legte seine Finger ebenfalls auf die Zuwachsraten beim Stromverbrauch und wollte wissen, wie das Erdgas weiter eingesetzt werden könnte.

Überprüfung Energiekonzept notwendig

Auch FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann erachtete in der Diskussion um den Geschäftsbericht der LKW eine Überprüfung des Energiekonzeptes als notwendig, das bereits aus dem Jahre 1977 stammt und seither nicht mehr an die veränderten Verhältnisse angepasst wurde. Mit der Aufforderung zur Überprüfung des Energiekonzeptes überreichte er dem Landtagspräsidenten ein FBP-Postulat, mit dem die Regierung eingeladen wird, das Energiekonzept einer Überprüfung zu unterziehen.

Wie es in der Begründung des FBP-Vorstosses heisst, wird aufgrund des Fehlens eigener Energiequellen und der grossen Auslandabhängigkeit ein Gesamtkonzept für den Energiebereich als notwendig erachtet. Die FBP-Fraktion regte im weiteren an, eine Energiekommission neu zu bestellen, die den Auftrag hätte, nach einer Überprüfung des bestehenden Energiekonzeptes Vorschläge zur Anpassung an die derzeitige Energie- und Umweltsituation zu unterbreiten. «Energiesparen, Energieberatung, erneuerbare

Alternativenergien und Tarifpolitik sind Schwerpunkte», heisst es wörtlich im Postulatstext, «die schon vor dem Reaktorunfall von Tschernobyl und den Diskussionen um die Atomkraftwerke und die Zukunft der Kernenergie Gewicht hatten».

Gute Wirtschaftslage - mehr Stromverbrauch

Regierungsrat René Ritter (VU) nahm das FBP-Postulat zur Kenntnis und begrüsste eine Überprüfung des Energiekonzeptes. Die angesprochene Erhöhung des Stromverbrauchs führte er auf die gute Wirtschaftslage in unserem Land zurück. Der Ausbau der Lawenawerke bringt nach seinen Aussagen zwar etwas

mehr Energie, doch während der Sommerzeit, wenn die Wasserkraft am meisten fliessen. Im Winter besteht die Abhängigkeit aus dem Ausland nach wie vor, doch sind nach seinen Worten die Lieferungen von den NOK durch einen entsprechenden Vertrag gesichert.

Nach Angaben von Regierungsrat René Ritter sind Fragen über die Erstellung eines Atomkraftwerkes in Rüthi derzeit nicht mehr aktuell, doch sind nach seiner Auffassung die Rheinkraftwerke nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl wieder aktualisiert worden. Die Abklärungen über den Bau der Rheinkraftwerke jedenfalls werden weitergeführt.

(G.M.)

Für Festhalten an ABM-Vertrag

Mitterrand reist nach New York und Moskau

(spk/dpa) Der französische Staatspräsident Francois Mitterrand will die beiden Supermächte zur Aufrechterhaltung des strategischen Gleichgewichts und zum Festhalten am 1972 geschlossenen ABM-Vertrag über Abwehrsysteme auffordern. Diese Ziele nannte seine Sprecherin Michele Gendreau-Massaloux am Dienstag in Paris für die bevorstehenden Gespräche mit Präsident Ronald Reagan in New York und Parteichef Michail Gorbatschow in Moskau.

Mitterrand reist am Donnerstag zum amerikanischen Unabhängigkeitstag und zur 100-Jahr-Feier der aus Frankreich stammenden Freiheitsstatue nach New York. Von Montag bis Donnerstag besucht er offiziell die Sowjetunion. Gendreau-Massaloux kündigte an, Mitterrand werde die von Moskau geforderte Einbeziehung der französischen Nuklearwaffen in die Abrüstungsgespräche der beiden Supermächte erneut entschieden zurückweisen.

Reagan soll bei SDI nachgeben

Die Sprecherin unterstrich die besondere Bedeutung der Gesprächsreihe in New York und Moskau, wo drei Unterredungen mit Gorbatschow vorgesehen sind, den Mitterrand schon von drei früheren Begegnungen kennt. Über das Ergebnis soll sein Berater Jacques Attali anschliessend den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl unterrichten. Mit-

terrand ist nach Angaben aus dem Elysee-Palast im Interesse der Sicherheit Frankreichs besonders die weitere Gültigkeit des ABM-Vertrag wichtig. Er wünscht auch, dass sich die europäischen Verbündeten mehr darauf als auf das Salt-Abkommen über strategische Waffen konzentrieren.

Berater von Mitterrand erklärten in Paris, eine Einigung zwischen Washington und Moskau bei den Verhandlungen in Genf sei durchaus denkbar, nachdem nun auch Reagan zugegeben habe, dass die sowjetische Seite Zugeständnisse mache. Reagan müsse dafür aber schnell Konzessionen bei seinem SDI-Programm für die Weltraum-Verteidigung machen.

In einem Jahr werde dies kein Argument mehr sein, da dann endgültig sichtbar sein werde, dass SDI wegen der technologischen Probleme gar nicht realisierbar sei.

Sowohl die USA als auch Moskau haben nach der französischen Analyse noch Verhandlungsspielraum. Frankreich könne in Bezug auf die eigene Nuklearstreitmacht und ihre Modernisierung aber keine Zugeständnisse machen, solange die Überlegenheit der Supermächte zu gross sei. Auch der Bau einer Neutronenwaffe wird in Paris vom Ausgang der Abrüstungsgespräche abhängig gemacht.

KOMMENTAR

Obwohl die rückwirkend auf das Steuerjahr 1984 in Kraft gesetzte Änderung des Finanz- und Steuergesetzes zum Zwecke der Ausschaltung der kalten Progression mit einem geschätzten Minderertrag von 4 Millionen Franken im Voranschlag noch nicht berücksichtigt war, teilte die Regierung dem Landtag in ihrem Rechenschaftsbericht mit, übertreffen die Einnahmen aus Steuern und Abgaben die budgetierten Erwartungen in erheblichem Umfang.

Die von der FBP-Fraktion im Landtag eingereichte Motion zur Ausschaltung der kalten Progression, nachdem ein entspre-

Reduktion und Erhöhung

chendes Postulat über längere Zeit unbeachtet von der Regierung blieb, befreite die meisten Steuerzahler etwas vom Steuerdruck, doch der Staatskasse bescherte sie nicht die erwarteten Ausfälle. Statt der geschätzten Mindereinnahmen für den Staat in Höhe von 4 Millionen Franken ergaben sich schliesslich nur Mindererträge von 3 Millionen Franken. Aber dieser konnte durch andere Steuern und Abgaben mehr als wettgemacht werden, denn im Vergleich zum Vorjahr liegen die Einnahmen aus den Fiskalerträgen um 24 Millionen Franken höher.

Betrachtet man diese Zahlen, so fragt man sich, weshalb für das Budget 1986 nicht weitere Steuerreduktionen vorgenommen wurden. Die FBP-Motion zielt nur auf die Ausschaltung der kalten Progression, also auf einen Bereich, der dem Staat Mehreinnahmen brachte, die ihm gar nicht zustehen. Wenn die Staatskasse mit zusätzlichen Millionen überflutet wird und der Finanzminister die Ansicht vertritt, auch die Äufnung von Reserven habe ihre Grenzen, dann wäre doch der Zeitpunkt für eine nächste Runde von Steuererleichterungen gekommen - beispielsweise durch erhöhte Abzugsmöglichkeiten oder eine generelle Reduktion der Steuersätze.

Doch hier läuft offenbar nichts. Alles wartet (und verrotet) auf die geplante Steuerreform. Der Tag der Ankündigung, dass eine Reform des Steuerrechts durchgeführt werde, jährt sich in wenigen Monaten zum zehnten Mal. (G.M.)

FRAUEN IN DER

FBP

Informationsversammlung in Eschen

Am kommenden Montag, 7. Juli, organisieren die Frauen in der FBP der Ortsgruppe Eschen-Nendeln einen Informationsabend, der aktuellen Fragen gelten soll. Zu der um 20 Uhr beginnenden Veranstaltung im Hotel «Brühlhof» sind alle herzlich eingeladen.

Wichtige Themen wie die erleichterte Einbürgerung von ausländischen Kindern liechtensteinischer Mütter sowie das FBP-Postulat für ein doppeltes Ja bei Abstimmungen und die diesbezügliche Initiative der «Freien Liste» werden erörtert.

Über Fragen der Gemeindepolitik geben die FBP-Gemeinderäte Auskunft.

Frau Emma Eigenmann-Schädler, die erste Frau im Landtag, wird über ihre bisherige Tätigkeit im Landtag berichten und allfällige Fragen über die parlamentarische Arbeit beantworten.

Die Frauen in der FBP der Ortsgruppe Eschen-Nendeln hoffen auf eine zahlreiche Teilnahme von Frauen und Männern an dieser Veranstaltung.

Die Gemeinden schöpfen Kreditzusicherungen nicht aus

Aus dem Rechenschaftsbericht der Regierung - Die Investitionsbeiträge an die Gemeinden

Die Netto-Investitionen des Landes beliefen sich im letzten Jahr, wie aus dem Rechenschaftsbericht der Regierung hervorgeht, auf 57,8 Millionen Franken. Im Voranschlag hatte die Regierung noch mit Ausgaben in Höhe von 60,2 Millionen Franken gerechnet. Im Vergleich zum Budget fielen die investiven Ausgaben um 3,9 Millionen Franken geringer aus. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Gemeinden nur einen Teil der geplanten Bauvorhaben zu realisieren vermochten, so dass rund 4,6 Millionen Franken der budgetierten Investitionsbeiträge unausgeschöpft blieben.

Gesamthaft hatte die Regierung aufgrund der Anträge der Gemeinden mit Investitionsbeiträgen an die Gemeinden in Höhe von 15,5 Millionen Franken gerechnet. Im Endergebnis mussten jedoch nur gut 10,9 Millionen Franken aufgewendet werden, was den Minderaufwand von 4,6 Millionen Franken ausmacht. Der Grossteil dieses geringeren Beitragsvolumens entfällt dabei auf die Hochbauten, Tiefbauten und Sportanlagen der Gemeinden, die nur zu einem Anteil von 62 Prozent des veranschlagten Umfangs realisiert werden konnten.

Tiefbauvolumen deutlich geringer

Für Hochbauten in Ausführung hatte

die Regierung insgesamt 380 000 Franken ins Budget aufgenommen, während schliesslich 572 000 Franken aufgewendet werden mussten, weil gewisse Umlagerungen vorgenommen wurden. An neue Hochbauten, an die Investitionsbeiträge von 1,020 Millionen Franken budgetiert waren, mussten nur 878 000 Franken aufgewendet werden.

Weit unter den Limiten des Voranschlags liegt die Rechnung bei den Investitionsbeiträgen an die Tiefbauten. Von den 7,9 Millionen Franken im Budget wurden nur 4,4 Millionen Franken beansprucht. Als Folge der erheblichen Schäden aus den Unwettern anfangs August 1985 weiteten sich demgegenüber die Subventionen für Rüfeschutzbauten um 0,5 Millionen Franken auf 2 Millionen Franken aus, was nach Angaben der Regierung vor allem auf die eingeleiteten Sofortmassnahmen zur Sanierung der Sohlenabsenkung, Uferspülungen und Hangrutschungen in der Badobelröf zu rückzuführen ist.

Bei den Abwasserreinigungsanlagen konnten die geplanten Zusatzinvestitionen nicht planmässig realisiert werden, was sich in Minderausgaben von 0,3 Millionen Franken niederschlägt. Verzögert hat sich ausserdem die Einleitung von Massnahmen zur Wiederbewässerung der

Balzner Giessen und Äule Hög, so dass auch der dafür bewilligte Kredit in Höhe von 0,5 Millionen Franken weitgehend unausgeschöpft blieb.

Weniger Subventionen für öffentliche Unternehmungen

Bei den für öffentliche Unternehmungen bereitgestellten Investitionsbeiträgen blieben die Ausgaben um knapp 1,3 Millionen Franken unter den Budgetlimiten von 4,6 Millionen Franken. Ursache dafür ist in erster Linie die Einstellung der Projektierungsarbeiten für das Kunsthaus Vaduz: Der Voranschlag hatte mit 1 Million Franken an die anfallenden Architektenhonorare und Vorbereitungsarbeiten gerechnet, ausgegeben wurden knapp 520 000 Franken. Die für die Rebergerneuerung Balzers vorgesehene Subvention von 0,1 Million Franken entfiel mangels Aufnahme der Arbeiten und bei den Bodenmeliorationen schöpften Gamprin und Mauren die zugesicherten Beiträge aus, während für Vaduz gar keine und für Triesenberg nur Zahlungen in Höhe von 2800 Franken geleistet werden mussten. Ausgeschöpft wurden die Limiten dagegen für das Betreuungszentrum Triesen mit 1,9 Millionen Franken und für das Haus für Erwachsenenbildung in Balzers mit 780 000 Franken.